

„Die Ratspolitik hat nicht mehr alle Tassen im Schrank!“ **KÖLNER MÖBELLAGER VOR DEM AUS !**



**HAT JOBCENTER KÖLN/STADT KÖLN NICHT
MEHR ALLE TASSEN IM SCHRANK?**

Der Kölner Möbelverbund mit seinen 5 Vereinen steht vor dem Ende.



emmaus
Köln



- ◆ MütZe
- ◆ emmaus
- ◆ BfO
- ◆ HoSe
- ◆ DeFlo
- ◆ Möbelhalle Zollstock
- ◆ Recyclingprojekt

DE
FLO

HOSE
Holweider Selbsthilfe e.V.

Die Kölner Möbellager – und das Bürgerhaus MütZe - beschäftigen seit Jahren Langzeitarbeitslose und andere Menschen, die keinen Zugang zum 1. Arbeitsmarkt haben. Die Möbellager kämpfen um Perspektiven, Chancen, Menschenwürde. Sie verkaufen gebrauchten Hausrat günstig, sie trennen Wertvolles von Wertlosem, sie recyceln.

All das steht auf dem Spiel, weil die Jobcenter keine Arbeitskräfte mehr zuweisen. Und die Stadt stiehlt sich aus der Verantwortung – entgegen allen Vereinbarungen. Das ist das Ende, wenn sich nichts tut. Auch für das Bürgerhaus und das Möbellager der MütZe in Mülheim-Nord, mitten im sozialen Brennpunkt.

Deshalb: Wir fordern: geförderte Arbeitsplätze erhalten!

Demo auf dem Wallrafplatz: am Dienstag, den 7. Juni 2011 von 10 bis 14 Uhr!!!!



V. i. S. d. P. Christoph Franzen, Sabine Nikodem, Willi Does
Geestemünder Strasse 42, 50735 Köln

Die MütZe – mit dem Rücken zur Wand!

Seit 20 Jahren arbeitet das Bürgerhaus Mütze erfolgreich im Stadtteil Mülheim-Nord. Grundlage der Arbeit war und ist eine „Ziel und Leistungsvereinbarung“, die jedes Jahr zwischen der Stadt Köln und dem Bürgerhaus neu ausgehandelt wird.

Dabei werden die einzelnen Inhalte unserer Arbeit definiert und für ein Jahr festgeschrieben. Dabei ist es unser Konzept, einen großen Teil der Angebote als Beschäftigungsträger zu realisieren, und in Mülheim-Nord gerade für Langzeitarbeitslose und Ungelernte eine sinnvolle Tätigkeit anzubieten. Damit haben wir als dritten Partner die ARGe-Köln, mit der wir jahrelang vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

Als Beschäftigungsträger mussten wir uns anfeinden lassen, haben aber oft die Erfahrung gemacht, dass wir Menschen helfen konnten, sie „stabilisiert“ und damit ihre Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt vergrößert haben. Vielen Mitarbeitern war daran gelegen, ihren Einsatz in der Mütze zu verlängern oder sie sind uns ehrenamtlich verbunden geblieben. Nur durch die Mitarbeit der o.g. Menschen war es uns überhaupt möglich, Bürgerhaus und Möbellager Mütze mit all ihren Angeboten zu unterhalten. Mit dem Betriebskostenzuschuss der Stadt allein wäre dies nicht möglich gewesen – dazu ist dieser zu gering.

Seit einigen Monaten gibt es jedoch kaum noch Zuweisungen von „Integrationsjobbern“ und das Jobcenter (Arge) hat darüber hinaus verlauten lassen, dass auch keine 16E-Stellen (sozialversicherungspflichtig) mehr gefördert werden können – wir waren und sind bereit, für unsere Verhältnisse sehr viel Geld zu investieren, um solche geförderten Arbeitsstellen zu schaffen!

Das Jobcenter(ARGe) hat offensichtlich seinen Etat 2011 schon Anfang Februar verbraucht und ist somit für dieses Jahr kaum noch in der Lage, eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Köln zu gestalten. Nur mit dem Zuschuss der Stadt Köln allein können wir die jetzige Angebotspalette von Bürgerhaus und Möbellager nicht halten, da die Mütze im Vergleich zu anderen Kölner Bürgerhäusern einen sehr kleinen jährlichen Zuschuss bekommt und bewusst konzeptionell einen Großteil der Arbeit mit Arbeitslosen realisiert. Ohne weitergehende Unterstützung oder eine Erhöhung des städtischen Zuschusses steht die Existenz von Bürgerhaus und Möbellager Mütze auf dem Spiel!

Bürgerhaus Mütze in der Finanzkrise -- Stadt droht mit weiteren Kürzungen

Seit Jahren ist die Mütze trotz großer Eigenanstrengungen unterfinanziert. Die für den Sozialraum unverzichtbare qualifizierte Sozialberatung konnte seit Januar 2010 nicht mehr durchgeführt werden. Das Spektrum soziokultureller Veranstaltungen schrumpfte, die Öffnungszeiten des Cafes wurden verkürzt. Einnahmen stagnieren, sind teilweise rückläufig. Aufgaben wuchsen. All dies im Wesentlichen Folge der anhaltenden Krise und einer über 30 % -Kürzung der Zuschüsse der Stadt Köln vor ca. 6 Jahren.

In diesen Wochen diskutieren die Ratsfraktionen der Stadt Köln über weitere Kürzungen, die auch die Bürgerhäuser und Bürgerzentren betreffen sollen. Es reicht. Die Grenze des Zumutbaren wird überschritten.

Auch in den Bürgerhäusern und Bürgerzentren der Stadt Köln weiß man, daß gerade jetzt in der aktuellen Krise die Mittel der Stadt Köln äußerst begrenzt sind, daß gespart werden muß. Doch Kürzungen kommunaler Förderung in Kernbereichen der soziokulturellen Infrastruktur unserer Stadt, sind nicht nur unsozial, sie sind mittel- und langfristig auch und gerade ökonomisch kurzsichtig.

Ihre Folgekosten übertreffen den scheinbaren Spareffekt bei weitem. Die Landschaft der Kölner Bürgerzentren und Bürgerhäuser ist einmalig in Deutschland. Das breite Angebotsspektrums der Häuser in den Bereichen Kultur, Bildung, pädagogischer und sozialer Beratung und Betreuung, nicht zuletzt ihre Basisfunktion als Orte der Begegnung, Vernetzung und des Engagements für Bürger dieser Stadt - all dies ist ein Schatz, um den uns andere beneiden!

Hinzu kommt bei einigen Häusern die unwillkommene neue Aufgabe zunehmender unmittelbarer Armutsabfederung. Sei es in Form von Postadressen für Obdachlose, Kleiderkammern oder der Lebensmittelverteilung an Bedürftige. So auch in der MütZe. Bürgerzentren und Bürgerhäuser leisten vieles oder all dies zusammen konzentriert an einem Ort, bei vielen Freien Trägern zudem mit einem "Preis-Leistungsverhältnis", welches nur mit Idealismus und einer Mischung aus ehrenamtlichen Engagement und Selbstaussbeutung erbracht werden kann.

Hinzu kommt die Instandhaltung und Pflege, manchmal auch die Wertsteigerung der meist städtischen Gebäude mit den Eigenmitteln der Freien Träger. Hierzu gehören auch die immensen Energiekosten. Positive Eigenschaften eines Angebots oder Produkts, über die andere Angebote nicht verfügen, nennt man in der Wirtschaft "Alleinstellungsmerkmale." Bürgerzentren und Bürgerhäuser verfügen über etliche dieser Qualitäten. Nützlich nicht nur für das Veedel.

Auch die Stadt Köln spart hier seit Jahrzehnten bei vergleichsweise geringen Transferleistungen an die Freien Träger jene um ein Vielfaches höheren Ausgaben, die bei einer Erbringung dieser Leistungen für soziokulturelle öffentliche Aufgaben durch die Stadt selbst erbracht werden müssten. Kritiker sprechen hier seit langem von „sozialem Outsourcing". Wir gehen davon aus, daß Oberbürgermeister Roters noch zu seinen Äußerungen als Polizeipräsident steht, daß gerade Einschnitte bei der Kinder- Jugend- und Familienförderung sich alsbald negativ in den Kriminal-Statistiken niederschlagen. Dies war damals scharf auf den Punkt formuliert und bleibt auch heute leider wahr.

Leider wahr ist auch, daß die dringenden Probleme im Bereich Bildung und --- gerade in Köln wesentlich- Integration, nur im Sinne von verstärkten Zukunftsinvestitionen angegangen werden müssen. "Integrationsproblematik" bedeutet hier ausdrücklich nicht nur die deutlichen Defizite bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, es bedeutet zunehmend auch die soziale Desintegration von Bevölkerungsteilen aufgrund von sozialer, kultureller und psychischer Verelendung, gar Verrohung. Arbeitslosigkeit ist hier nur ein, wenn auch wesentlicher Hintergrund. Dies gilt insbesondere für Mülheim-Nord.

Eine verantwortungsbewußte kommunale Finanz-und Budgetplanung in Zeiten der Krise setzt hier Schwerpunkte. Für all die angesprochenen dringenden Leistungen und Aufgaben sind Bürgerzentren und Bürgerhäuser erster und nächster Anlaufpunkt.

Hier ist der Ort sozialer Integration von "arm und reich", von "alt und jung", "behindert und nichtbehindert". Hier ist auch ein möglicher Ort der Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, hier gibt es erschwingliche Kulturangebote für alle.

Insbesondere für Bürger und Bürgerinnen aus finanzschwachen oder auch bildungsfernen Schichten. Hier zu sparen trifft den "Normalbürger", mehr aber noch die wachsende Zahl der Benachteiligten und Opfer der Zustände "in Stadt und Land".

Hier zu sparen, bedeutet, den meinungsstarken und gutvernetzten Lobby-Gruppen der Stadt entgegenzukommen -- und dies auf Kosten der politisch und öffentlich immer mehr Verstummenen. Hier zu sparen, bedeutet mittelbar die Förderung von Kriminalität, die Desintegration isolierter Einzelner und die weitere Abschottung kultureller oder krimineller Parallel-Gesellschaften.

Doch über die mittelbare Schädigung des sozialen Friedens hinaus schaden solche Kürzungen unmittelbar der Attraktivität unserer Stadt. Auch für gewollte Neubürger, Investoren und gesuchte neue Gewerbesteuerzahler. Diese wollen eine friedliche Kommune mit einem breiten Bildungs- und Kulturangebot für sich, ihre Familien und gegebenenfalls Mitarbeiter.

Nach den schon erfolgten Kürzungswellen der letzten 10 Jahre geht es bei vielen Häusern nunmehr um die Gefährdung von Grundstrukturen, teilweise unmittelbar um die Existenz. Gewachsenes und Aufgebautes zu zerstören, geht relativ schnell. Irgendwann--in "besseren Zeiten"-- die geschaffene soziokulturelle "Brache" neu zu gestalten, wird ungleich teurer. Um welche finanzielle Dimensionen geht es?! Das selbstverschuldete Köln-Messe-Desaster könnte die Stadt über 40 Mio. € kosten. Oberbürgermeister Roters fand hierzu klare Worte. Die Einsparungs-"Gewinne" bei den Bürgerhäusern und -Zentren lägen bei Kürzungen von 12,5% bei sage und schreibe phänomenalen 640.000 €. Bei unverbindlich versprochenen 8% dementsprechend weniger.

Im Gesamtzusammenhang der städtischen Defizite Kleinigkeiten, für die einzelnen Häuser jedoch das Verschwinden von Krabbelgruppen, ausfallenden Kinderfreizeiten, Wegfall von Sozial- und Arbeitslosenberatung, preiswerten Mahlzeiten, bezahlbaren kultureller Events --- und nicht zuletzt: Der Entlassung von Mitarbeitern oder gar der Schließung von Häusern.

Der Appell großer Teile von Politik und Verwaltung, einsichtig zu sein in die Notwendigkeit der beabsichtigten Kürzungen, verschleiern die Verantwortung der Politik für ihre eigenen wert- und interessen gebundenen Entscheidungen: hier zu geben, dort zu belassen oder zu nehmen. Die geplanten Kürzungen an sich sind weder unter allgemein gesellschafts- noch sozialpolitischen Gesichtspunkten vertretbar. Die geplanten Kürzungen an sich sind weder unter ethischen noch sozialpolitischen oder kulturellen Aspekten vertretbar.

Selbst aus der kalten Perspektive betriebs- und volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Analysen sind sie lediglich ein weiteres Element kontraproduktiver "Einspar-Milchmädchen-Rechnungen". Nachhaltig sind hier nur die auch kostenrelevanten Zerstörungen, die sie bewirken. Sie reflektieren mehr Gewogenheiten, andersweitige "Verpflichtungen", mehr Machtverhältnisse als

Sachnotwendigkeiten. Für jede Ratsmehrheit geht es hier um die Beantwortung der Frage nach ihrer sozialen, aber genauso ihrer mittel- und langfristigen ökonomischen Kompetenz und Verantwortung.

Und: Wer Erfolge rechtspopulistischer oder fundamentalistischer Gruppierungen vermeiden will, sollte diesen nicht weitere Spielräume öffnen.

Stellungnahme zu diversen Veröffentlichungen des

SSM in Bezug auf das Bürgerhaus Mütze.

Der SSM hat seit Frühjahr diesen Jahres erneut mit Flugblättern, E-Mails und verschiedenen anderen Mitteln eine Angriffsserie auf das Bürgerhaus Mütze in Gang gesetzt. Das können wir so nicht mehr hinnehmen. Die Beschäftigten des Bürgerzentrums, die Ehrenamtler und die Vereinsmitglieder kämpfen derzeit darum, unsere soziale, integrative und kulturelle Arbeit auch unter den Bedingungen einschneidender Kürzungen im städtischen Etat aufrecht zu erhalten. Sie brauchen jetzt die Unterstützung und Solidarität aller und keine Anfeindungen, wie sie der SSM regelmäßig immer wieder vorträgt.

Wir wollen deshalb die wesentlichsten Falschbehauptungen öffentlich richtig stellen. Wir wollen nicht verhehlen, dass wir (und ausdrücklich alle Beschäftigten einschließlich der wenigen I-Jobber) die Angriffe des SSM als beleidigend und diffamierend empfinden. Trotzdem sind wir nach wie vor bemüht, die Auseinandersetzung möglichst sachlich zu führen und sie möglichst rasch zu beenden.

1. Behauptung

Zitat aus einem Flugblatt im Frühjahr 2010:

Tatsächlich setzt der Möbelverbund von Anfang an 1-Euro-Jobber beim Bereitstellen der Waren und beim Verkauf in seinen Möbellagern, aber auch bei Wohnungsaufösungen, Entrümpelungen und Transporten ein.

Fakt ist:

Der Möbelverbund und das Möbellager Mütze setzen keinen 1-€-Jobber als Verkäufer oder bei Umzügen und Wohnungsaufösungen ein. Im Möbellager Mütze sind vier 1-€-Jobber eingesetzt (2 Frauen und 2 Männer). Alle vier sind ausschließlich mit Recyclingaufgaben betraut. Im Gegensatz zum SSM, der seine Wohnungsaufösungen nahezu unsortiert und umsonst auf unserem (Möbelverbund-)Recyclinghof abkippt, bemühen sich der Möbelverbund und seine Mitgliedsvereine nachhaltig, die Gegenstände aus den Wohnungsaufösungen wieder einer neuen Nutzung zuzuführen (Müllvermeidung) und seine Müllreste sortenrein zu sortieren.

2. Behauptung aus demselben Flugblatt

Zitat:

Seit Hartz IV in 2005 begann, setzt die MüTZe in ihrem Möbellager und bei bezahlten Wohnungsaufösungen 1-Euro-Jobber ein, die kein Gehalt bekommen, nicht sozialversichert sind und keinerlei Kündigungsschutz genießen, aber alle die Arbeiten machen müssen, die im Gebrauchtmöbelhandel anfallen. Statt Training für den 1. Arbeitsmarkt, machen die Möbellager mit den 1-Euro-Jobbern Kasse am 1. Arbeitsmarkt.

Fakt ist:

Das Möbellager MüTZe ist einer von 4 Zweckbetrieben des Bürgerhauses MüTZe. Hier werden die Zwecke des Vereins und der Vereinssatzung umgesetzt. Ab dem 01.08.2010 wurden im Möbellager 8 feste, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Für 2011 sind weitere 3 Stellen geplant. Dazu kommen 3 Ehrenamtler, 4 1-€-Jobber (wie oben beschrieben), mal ein Schulpraktikant oder Sozialstundenleistende. Alle eventuellen Überschüsse des Möbellagers fließen in die Finanzierung dieser Stellen. Wir sind froh, bei der hohen Arbeitslosigkeit in Mülheim-Nord, solche Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Dazu sind wir nach der Satzung unseres Vereins und nach dem Trägervertrag mit der Stadt Köln auch schon vor der sogenannten "Hartz-Reform" verpflichtet gewesen. Der SSM gefährdet diese Arbeitsplätze durch sein grob fahrlässiges Verhalten und seine Polemik.

3. Behauptung

Zitat, ebenfalls aus einem Flugblatt des SSM:

Kulturarbeit, die auf Ausbeutung der Ärmsten beruht, ist Barbarei. Die Mitglieder und der Vorstand der MÜTZE sollten sich fragen, ob sie diese Ausbeutung von 1-Euro-Jobbern wirklich weiter fortsetzen wollen.

Fakt ist:

Wir sehen keinen Zusammenhang zwischen der Kulturarbeit der MüTZe und dem Möbellager. Wie der SSM da einen Bezug herstellt, ist uns nicht klar. Die Kosten der Kultur werden über Spenden, Erlöse bei Kulturveranstaltungen, Überschüsse des Cafés und einzelne externe Projektgelder (NS-Projekt, Theaternacht usw.) erbracht. Uns ist es wichtig, auch ein Stück Kultur nach Mülheim-Nord zu tragen. Die permanente Spaltung, die der SSM betreibt, verhindert oft eine sinnvolle Zusammenarbeit von einzelnen Kulturschaffenden in Mülheim und trägt nicht zu einem sozialen Frieden bei.

4. Behauptung

Zitat, wiederum aus einem Flugblatt des SSM:

Der Möbelverbund zahlt ihnen »null« Gehalt, keine Sozialversicherung, und es gibt keinen Kündigungsschutz. So lässt sich vortrefflich Gewinn machen.

Auch hier gilt, wie bei allen anderen Blättern, dass der Inhalt falsche Behauptungen enthält. Weder der Verbund noch das Bürgerhaus MüTZe machen „vortrefflich Gewinn“. Als gemeinnützige Vereine dürfen wir keine Gewinne machen, bzw. müssen diese für Satzungszwecke ausgeben. Auch hier ist es uns unerklärlich, wie das Möbellager mit vier 1-€-Jobbern, die im Recyclingbereich arbeiten, „vortreffliche Gewinne“ macht.

5. Weitere Behauptungen zum Thema Subventionen und 1. Arbeitsmarkt

Sie werden auch per Plakat, per E-Mail, in Gesprächen und Veranstaltungen verbreitet.

Wir zitieren dazu weiterhin aus den Flugblättern der SSM.

Zitat:

Durch diese staatliche Förderpolitik werden die Arbeitsplätze bei denen, die ehrlich ihre Arbeit tun und von ihrer Hände Arbeit leben, kaputt gemacht. Das gilt sowohl für viele Klein- und Kleinstunternehmer, als auch für die Initiativen, die wie SSK und SSM ihre Mitglieder ordentlich entlohnen und vorschriftsmäßig in der Sozialversicherung anmelden.

Was versteht das SSM eigentlich unter "ehrlicher Arbeit": das ist ein sehr fragwürdiger Begriff, der gerne mal missbraucht wurde und wird. Und sind unsere Mitarbeiter und unser Verein unehrlich? Ist der erste Arbeitsmarkt ehrlich und der geförderte Arbeitsmarkt unehrlich??? Der SSM stellt sich selber dar als 1. Arbeitsmarkt mit ordentlicher Entlohnung und Sozialversicherung.

Wir wissen nicht, wie denn der SSM seine Mitarbeiter entlohnt. Auf wiederholte Anfragen wollte der SSM sich nie dazu äußern oder Angaben machen. Auch leugnet der SSM bis heute, dass er auf anderem Wege sich sehr wohl "zusätzliche Fördermitteln aus dem städtischen Haushalt, wo sonst überall eisern gespart wird", holt.

1.) Die Gebäude, die vom SSM bewohnt und benutzt werden, werden ihm von der öffentlichen Hand mietfrei überlassen. Wir müssen horrenden Mieten zahlen: z.B. für das Möbellager Mütze 45.000€ im Jahr.

Außerdem flossen für die Renovierung der Halle am Faulbach 30.000€ aus der städtischen Sozialverwaltung an den SSM (Kölnische Rundschau: 20.09.2007).

2.) Braucht der SSM einen LKW oder ähnliches, gibt es Investitionshilfen. Wir müssen alle unsere Investitionen selbst finanzieren.

3.) Seinen nahezu unsortierten Müll darf der SSM im Recyclinghof des Möbelverbundes ohne Kosten abladen. Dort darf er dann von 1-€-Jobbern sortiert werden. Es stört den SSM nicht, dass 1-€-Jobber ihren Dreck wegräumen. Da gibt es keine „Ausbeutung“, denn das ist ja SSM-Müll.

Alle anderen Vereine müssen für ihre Müllentsorgung im Jahr Tausende Euro bezahlen, z.B. das Mütze Möbellager etwa 14.000€. Das sind in den Augen des SSM natürlich Leistungen, die ihm selbstverständlich zustehen. Der Möbelverbund subventioniert damit den SSM.

4.) Zahlt der SSM denn auch Steuern, wenn er sich auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ bewegt? Selbst wir, die wir gemeinnützig sind, müssen Mehrwertsteuern und andere Abgaben ordentlich verbuchen und abführen. Uns liegen jedenfalls Rechnungen seitens des SSM vor, nach denen keine Mehrwertsteuer erhoben wird.

Wenn all dies in Summe keine Subventionierungen sind, was ist es dann? Wohlgermerkt: wir halten das für durchaus in Ordnung, das Verschweigen solcher Fakten aber für Scheinheiligkeit.

6. Die Behauptung, die Mütze und der Möbelverbund machten die Arbeitsplätze des SSM kaputt

Häufiger bekommt das Möbellager Mütze Anrufe von Kunden, ob wir „nicht heute helfen könnten, der SSM käme nicht, trotz Terminzusage.“ Oder bei Auflösungen und Umzügen hören wir oft: „Nein, bitte nicht der SSM, die machen ja alles kaputt oder kommen nicht“.

Der SSM hat in unseren Augen ganz klar ein Qualitätsproblem und kann seine Dienstleistungen nicht mit der nötigen Zuverlässigkeit und Professionalität anbieten.

Während andere daran arbeiten, ihr Möbellager attraktiv für Kunden zu gestalten, übersieht der

SSM seine eigenen Probleme, führt einen kräftezehrenden Kampf wegen vier 1-€-Jobber-Stellen bei der MüTZe und meint, diese Stellen würden ihn in seiner Existenz bedrohen. Nein, viele wollen als Kunde ordentlich bedient werden, auch vom SSM, aber das ignoriert der SSM und pflegt gegenüber den Kunden ein „Flair der 70er Jahre“.

Viele Projekte, in denen der SSM mitgewirkt oder agiert hat, haben mit der Zeit riesige Probleme mit ihm bekommen. Da wären unter anderem die Initiative Bauen Wohnen Arbeiten, der Kölner Möbelverbund, das Bürgerhaus MüTZe und andere zu nennen. Jeder kann mit diese Vereine ansprechen und sich selbst ein Bild machen.

7. Behauptung "Ausweitung der Subventionierung"

Zitat, wiederum aus einem Flugblatt:

Gegen den Protest des SSM wurde die Subventionierung nun ausgeweitet auf bis zu 100 Konkurrenz-Eurojobs beim Möbelverbund in den Bereichen gewerbliche Wohnungsauflösung, Umzüge und Möbellager (Verkauf, Einräumen usw.) Seit dieser Ausweitung hat der SSM Jahr für Jahr mit starken Einnahmeverlusten zu kämpfen.

Richtig ist, dass der Möbelverbund im Jahr 2010 nur 40 1-Euro-Job-Stellen hat (Beauftragung der Arge vom 01.03.2010), 2009 waren dies auch nur 40 Stellen.

Zitat:

Seitdem sind nur noch sogenannte 16e-Stellen erlaubt, wo Langzeitarbeitslose einen zweijährig befristeten Lohnzuschuss von 75 Prozent bekommen. Mir-nichts-Dir-nichts konnte die MüTZe mit ihren guten Beziehungen zu den Grünen noch eine städtische Extraförderung in Höhe der restlichen 25 Prozent erwirken.

Richtig ist, dass das Möbellager seit 2 Jahren mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften (Arbeitsvertrag) arbeitet. Dabei bekommt der Verein einen Lohnkostenzuschuß von 75% von der Arge. Diesen Zuschuss konnte jeder beantragen. Auch der SSM! Sogar normale Betriebe. Dass das Bürgerhaus MüTZe noch einen degressiven Betriebskostenzuschuss (bis Sommer 2010 abgeschmolzen auf Null) bekam, lag an den Schwierigkeiten, einen Anleiter aus den Erlösen zu finanzieren, um die Umstellung auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu begleiten. Die restlichen 25% Lohnkostenanteil muß das Möbellager selber erwirtschaften. Heute fließen nahezu 100.000€ pro Jahr aus Eigenmitteln, um diesen Kraftakt realisieren zu können. Und nichts in „barbarische Kulturarbeit“. Dieses Geld wird im Möbellager unter hohem Einsatz aller Mitarbeiter erwirtschaftet um eigene Arbeitsplätze zu sichern. Nur der Anleiter hat bis heute noch keine Absicherung und steht Anfang August 2010 ohne Job da.

8. Behauptung: Hausverbot im Bürgerhaus

Zitat:

Zensur und Meinungsunterdrückung haben noch nie etwas Gutes bewirkt, soviel müssten wir aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Dabei ist das Ende der SED-Diktatur gar nicht so lange her.

Auch hier werden Polemiken und Vorwürfe aneinander gereiht, und der Vorstand der MüTZe in die Nähe der SED gerückt. Das Hausverbot begründet sich mit den diversen Flugblättern des SSM, in denen der SSM uns strafrechtlicher Taten bezichtigt und das Existenzrecht abspricht. Außerdem mit der hohen Gewaltbereitschaft von einigen Mitgliedern des SSM (Anzeige wegen Bedrohung mit Messer liegt vor) und der mangelnden Bereitschaft des SSM, im Vorfeld mit uns ins Gespräch

zukommen. Daher fordern wir den SSM auf, sich sachlich „vorher“ zu informieren, die Polemik zu lassen und seine Aggression zu zügeln. Wir reden nicht in einem Klima von Angst und Drohungen. Warum redet der SSM nicht mit uns, bevor er Flugblätter verteilt? Kurze E-Mail, und schon wäre der Kontakt da. Aber nein, der SSM braucht Öffentlichkeit um jeden Preis, um von seinem inneren Zerfall abzulenken. Um das zu erreichen, zerstört er bedenkenlos jede Gruppe oder jeden Verein, versucht aber, durch eine Scheinsolidarisierung mit der MütZe oder anderen, davon abzulenken. Ginge es dem SSM wirklich um 1-Euro-Job-Stellen, dann gäbe es in Köln genug Träger oder die Arge, bei denen man genauer hinschauen könnte. Denn auch wir haben Fragen an die Hartz-Gesetzgebung und deren Auswüchse in Köln: z.B. bei dem vollständischen Verein, mit dem der SSM die Baustoffbörse plant. Dort gibt es jede Menge 1-Euro-Job-Stellen, aber scheinbar keine Berührungängste oder gar moralische Bedenken. Ansonsten haben wir den Verdacht, dass es dem SSM nur um eigene Vorteile geht. Zitat (aus einem Schreiben an die Arge von Röder/Kippe (SSM)):

“Dem Betrieb von Gebrauchtmöbellager mit Hartz IV Kräften können wir dann zustimmen, wenn ein angemessener Ausgleich für diejenigen Gebrauchtmöbellager gewährt wird, welche von Vollarbeitskräften des ersten Arbeitsmarkt betrieben werden. Ein solcher ist in der Vergangenheit von der Sozialverwaltung geleistet worden.“

Ein Kommentar dazu erübrigt sich wohl. Interessenten bieten wir abschließend gerne an, sich vor Ort von unserer Tätigkeit in Bürgerhaus und Möbellager zu überzeugen.

Alle Beschäftigten, Team, Vorstand und Mitglieder der Mülheimer Selbsthilfe Teestube e.V.

© 2011 MütZe Köln - Mülheim